

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Karl Straub

Abg. Claudia Köhler

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Christoph Maier

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Interpellation der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)

Die fiskalischen Lasten der ungesteuerten Zuwanderung in Bayern

(Drs. 18/9356)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 73 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 21 Minuten, GRÜNE 13 Minuten, FREIE WÄHLER 11 Minuten, AfD 10 Minuten, SPD 10 Minuten, FDP 8 Minuten und die Staatsregierung 21 Minuten. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können jeweils 4 Minuten sprechen.

Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat die interpellierende Fraktion in der Aussprache das erste Wort, in diesem Fall also zunächst eine Rednerin bzw. ein Redner der AfD-Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Katrin Ebner-Steiner. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Etliche Abgeordneten der AfD verlassen den Saal)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier im Hohen Hause kommt heute die Antwort der Staatsregierung auf unsere Interpellation zu den Kosten der illegalen Migration zur Sprache. Kurz gesagt: Es sind insgesamt über 12 Milliarden Euro, die Sie seit 2016 für die illegale Migration verschleudert haben. Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch; jetzt wird abgerechnet.

Mit viel Geschick verstecken Sie nicht nur die Scheinasylanten im ganzen Land bis zur hintersten Milchkanne im Bayerischen Wald; Sie verstecken die Kosten der Zuwanderung auch in diversen Haushaltstiteln. Beides ist perfide, doch das Spiel ist jetzt aus. Während Sie nämlich generös ein ums andere Mal wiederholen, niemandem würde

etwas weggenommen, ahnt jeder halbwegs vernünftige Bayer: Genau das Gegenteil ist der Fall. Ihre links-grün-bunte Willkommensparty kostet uns unglaublich viel: für Sozialleistungen, für Integrationskurse, für Verpflegung, für versuchte und oft gescheiterte Abschiebungen, für die Einsätze unserer Polizei und nicht zuletzt für die Verwaltung des ganzen Irrsinns. Das alles kostet uns also über 12 Milliarden Euro, die Sie ohne Sinn und Verstand ausgeben. Wer diese bunte Prasserei der Staatsregierung sponsern darf, steht auch schon lange fest: der Steuerzahler. Der ausgezehrt, der immer stärker ausgepresste Bürger muss das Ganze bezahlen, denn er lebt von seiner Hände Arbeit.

(Zuruf)

Was der Fleiß gewinnt, die Steuer wieder nimmt.

(Zuruf)

Die AfD hat es hier im Landtag aufgedeckt: 2,4 Milliarden Euro verschwenden Sie jedes Jahr.

(Zuruf)

Das sind in Summe seit 2016 knapp 12 Milliarden Euro. Wie wollen Sie das eigentlich begründen? –

(Zuruf)

Auf die ganze irre Politik der Steuergeldverschwendung habe ich nur eine einzige Antwort: Geben Sie den Bürgern endlich ihr Geld wieder zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf)

Unser Credo lautet in dieser Krise: Unser Geld für unsere Leute. Das muss wieder Maßstab einer verantwortungsvollen Regierungspolitik in diesem Lande werden.

(Zurufe)

Was könnte man mit diesen Milliarden nicht alles Gutes und Richtiges für unsere Leute tun? – Von einer derart üppigen Rundumversorgung kann eine Rentnerin, die ihr ganzes Leben hier in Bayern gearbeitet und geschuftet hat, nur träumen. Muss ich Ihnen das wirklich in Erinnerung rufen? – Sie erhält durchschnittlich rund 900 Euro. Ich kenne viele, die nur 450 Euro im Monat bekommen. Davon kann niemand leben; davon kann man nicht einmal die Miete bezahlen. Weil es nicht langt, müssen unsere Rentner auch noch Flaschen sammeln; das sehen wir täglich. Das macht mich betroffen. Ich sage es hier in aller Deutlichkeit: Ihre Politik ist unsozial. Ihre Politik ist unseres Freistaats unwürdig. Im Haushaltsausschuss sehen wir ganz genau, wie Sie den Steuerzahler immer weiter auspressen;

(Zurufe)

kein Wunder, dass immer mehr Leistungsträger Deutschland den Rücken kehren. Die gut Ausgebildeten werden systematisch aus dem Land vertrieben. Genau die Scheinasylanten, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, kommen und bleiben. Messerstechereien, Gruppenvergewaltigungen –

(Zurufe)

all diese sogenannten Einzelfälle waren hier vor 2015 kein Thema. Wer denkt an unsere Rentner, Geringverdiener und Arbeitslosen? – Nochmal: Unser Geld für unsere Leute, denn wir sind von den Bürgern hier in Bayern gewählt worden; das wollte ich Ihnen in Erinnerung rufen.

(Zurufe)

Zurück bleibt auch unsere Jugend, der die Lehrer fehlen und die man um Bildungs- und Zukunftschancen betrogen hat. Zurück bleiben marode Straßen, Funklöcher und eine Internetversorgung, die sogar oft in der Sahara Afrikas besser ist.

(Zurufe)

Mit Ihrer Energiewende rauben Sie der bayerischen Wirtschaft auch noch den letzten Rest an Lebenskraft. Ihr Kampf gegen die bayerische Automobilindustrie wird Bayern wieder zu einem Agrarstaat machen – nix mehr "Laptop und Lederhose", sondern Pfandflaschen und Massenarbeitslosigkeit. Welchen Scherbenhaufen werden Sie unseren Kindern hinterlassen? – Wie gut könnte es Bayern gehen, wenn wir eine Regierung hätten, die die Interessen der bayerischen Bürger vertritt!

(Zuruf)

Der Sozialstaat lebt von der Leistungskraft und dem Leistungswillen seiner Bürger und nicht von der Umverteilungsmasse und den Umverteilungsfantasien der Funktionäre und Bürokraten. Das, liebe CSU, hat Ihnen Franz Josef Strauß ins Stammbuch geschrieben. Unter der CSU 2.0, unter Ihrem Ministerpräsidenten Söder ist Bayern jedoch zum Sozialamt der Welt verkommen. Schämen Sie sich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Karl Straub.

(Unruhe)

– Ich darf Sie bitten! – Das Wort hat Herr Kollege Karl Straub und niemand sonst.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede mit einer Frage beginnen: Frau Ebner-Steiner, für wen haben Sie eigentlich diese menschenverachtende Rede gehalten? – Meine Fraktion hat das nicht interessiert, und ich glaube, die anderen Fraktionen auch nicht.

(Zuruf)

Ihre eigene Fraktion hat es aber auch nicht interessiert, denn die AfD-Fraktion hat fast geschlossen den Raum verlassen, als Frau Ebner-Steiner ans Rednerpult gegangen

ist. Vielleicht tun Sie sich in Zukunft mit Herrn Maier zusammen und erzählen ihm diese Lügen, denn uns interessiert das nicht.

(Beifall – Zurufe)

Sie beginnen Ihre Rede damit, wir hätten 12 Milliarden Euro für illegale Migration verschleudert. Sie verschweigen völlig, dass es im Grundgesetz ein Anrecht auf Asyl gibt und dass bei Weitem nicht alle Asylbewerber, die zu uns gekommen sind, illegal sind.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Wie gesagt: Machen Sie das später mit Herrn Maier aus. Ich rede jetzt zum Rest des Plenums; ich glaube, Ihre Aussagen interessieren niemanden.

(Beifall)

Ich möchte hier gar nicht verschweigen, dass es 2015 natürlich eine Problematik gegeben hat.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Ich glaube, dass wir uns darüber weitgehend einig sind; meine Partei hat frühzeitig darauf hingewiesen. An dieser Stelle möchte ich aber schon betonen, dass Bayern ein vorbildliches Beispiel dafür ist, wie Integration gelingen kann. Ich möchte auf schulische Integration hinweisen und den Lehrkräften und den Mitschülern danken, die Hervorragendes leisten.

Ich möchte auf berufliche Integration hinweisen. In Bayern haben wir nur noch eine sehr geringe Arbeitslosenquote in dem Bereich, nämlich von 6,4 %. Sehr viele Firmen sind sehr froh, dass sie anerkannte Asylbewerber als Fachkräfte bekommen haben. Ich wüsste nicht, wie es wirtschaftlich aussehen würde, wenn wir diese Stellen in der Zeit, in der es auch einen wirtschaftlichen Boom gab, nicht hätten besetzen können.

Wir haben sprachlich viel geleistet. Herr Henkel ist Mitglied im Petitionsausschuss. Dort kann man jede Woche verfolgen, wie viele positive Beispiele für Integration es gibt. Da ist es eher zu bedauern, dass uns manchmal noch die rechtlichen Mittel fehlen, noch einige mehr einreisen zu lassen.

Natürlich müssen wir bei der illegalen Migration und bei Menschen, die sich hier nicht integrieren wollen – ganz klar – etwas tun. Das haben wir getan: Wir haben die Verfahren beschleunigt. Ich möchte an die wohl umstrittene Einrichtung von ANKER-Zentren erinnern, in denen wir die Verfahrensdauern erheblich nach unten gebracht haben. Wir haben in Bayern extra ein Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführung gegründet, um zu den Asylbewerbern auch fair zu sein. Denn ich glaube, das Fairste ist ein schnelles Asylverfahren. Die Leute sollen schnell wissen, ob sie bei uns eine Perspektive haben oder nicht. Dafür haben wir etwas getan. Wir haben eigene bayerische Rückkehrprogramme, in denen wir finanzielle Anreize setzen, wieder ins Heimatland zurückzugehen. Ich glaube, da brauchen wir unserer Bayerischen Staatsregierung nichts vorzuwerfen.

Ich möchte noch mal betonen – darauf haben wir auch hingewiesen –, 1,2 Millionen Menschen im Jahr 2015 haben uns an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht. Da wurde hier ausführlich diskutiert. Ich glaube, wir sind uns einig, dass sich 2015 nicht mehr wiederholen darf. Ich glaube, alle demokratischen Parteien sind sich hier einig.

Deswegen komme ich zu den aktuellen Zahlen: Sie wollen draußen immer die große Angst verbreiten. Wir haben in Bayern dieses Jahr noch nicht einmal 6.000 Asylanträge gehabt. Also, von einer Flüchtlingswelle, wie Sie sie immer beschreiben, sind wir sehr weit entfernt. Wir sind im Bund durch eine Obergrenze von 200.000 Menschen sehr genau daran, was wir im Notfall leisten können und was nicht. Auch dafür hat sich die CSU eingesetzt.

Zum Schluss möchte ich mich für die Aufmerksamkeit bedanken, und ich würde mir wünschen, dass ich hier einmal eine Rede der AfD höre, in der auch nur ein Stück Humanität enthalten ist.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Für die GRÜNEN hat das Wort Frau Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg*innen! Ihre Interpellation betrifft in der Sache fast ausschließlich den Deutschen Bundestag, und sie reiht sich nahtlos in eine Folge absurder Anfragen und Anträge von Ihnen ein, die dieses Hohen Hauses, aber auch unserer Ministerialbeamtinnen und -beamten unwürdig sind.

(Beifall)

Unsere Bürger*innen in Bayern, unsere Unternehmen wissen sehr gut, dass wir eine Gesellschaft sind, dass die Migrantinnen und Migranten, ihre Kinder und Enkel mit ihrer Arbeitskraft, ihrer Expertise, ihrem Verstand und ihrer Herzensbildung einen großen Anteil an der boomenden Konjunktur der letzten Jahre in Bayern haben. Sie zahlen seit Jahrzehnten Steuern, Krankenversicherung und andere Sozialabgaben. Sie sind Handwerker*innen, Lehrkräfte, Ärzte*innen, Pfleger*innen, Unternehmer*innen, Dienstleister*innen und viel mehr – ganz normal eben. Es gibt sehr viele geflüchtete Menschen, die auch ohne einen sicheren Aufenthaltsstatus hier arbeiten und ihren Teil zum Sozialsystem beitragen. Es wären noch viel mehr, wenn allen, die es können, erlaubt wäre zu arbeiten.

Eine echte Bilanz bzw. GuV würde beide Seiten zeigen. Deshalb nenne ich kurz ein paar Zahlen. Dann reicht es auch wieder zu dieser Interpellation. Ja, die Zahl der Analphabeten – damit haben Sie die Fragen ja begonnen – ist in Deutschland, auch in

Bayern zu hoch. Eine Million Menschen in Bayern können nicht richtig lesen und schreiben. Das ist aber definitiv kein Grund, sie zu diskriminieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Mang, haben doch den kontraproduktiven Haushaltsantrag eingebracht, die Deutschkurse für arbeitende Flüchtlinge abzuschaffen. Fast die Hälfte der Geflüchteten, die 2013 nach Deutschland gekommen sind, geht inzwischen einer Erwerbstätigkeit nach. Das arbeitgebernahe Institut IW geht von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bis 2020 um insgesamt 90 Milliarden Euro aus. 58.000 junge Leute ohne deutschen Pass studieren in Bayern. In unserem Gesundheits- und Sozialwesen arbeiten 75.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Menschen ohne deutschen Pass. Ihr Anteil allein in der Altenpflege hat sich in den letzten sechs Jahren verdoppelt, und ohne sie wären wir aufgeschmissen, nicht nur in der Corona-Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Gastronomie sind 30 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne deutschen Pass, und 32.000 unbesetzte Lehrstellen in Bayern warten noch auf junge Leute.

Doch diese Fragen haben Sie gar nicht erst gestellt. Aus Haushaltssicht schaut die gesamte Interpellation einseitig auf die Ausgaben und ist damit völlig wertlos. Die AfD hat die Staatsverwaltung mit einem sinnfreien Projekt fast ein Jahr lang beschäftigt und Bayern damit bewusst geschadet. – Ich bin froh, dass die demokratischen Fraktionen durchaus differenzieren.

(Beifall – Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. – Bitte schön; Sie haben das Wort, Herr Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Frau Kollegin Köhler, nachdem Sie mich auch angesprochen haben, nur eine Frage. Sie haben auf die Pflegekräfte hingewiesen, die auch hier ausländischer Herkunft sind. Das sind größtenteils aus dem Osten stammende Menschen. Es sind viele Mütter, die jetzt zu Hause bei ihren Kindern und bei ihren Familien fehlen. Ist das eine zukunftsfähige Politik, dass wir auf Fachkräfte aus dem Osten angewiesen sind und hiermit eben Kindern ihrer Mütter und ihrer Kindheit berauben? Ist es das?

Claudia Köhler (GRÜNE): Haben Sie noch nie einen männlichen Pfleger gesehen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Ich rufe die Rede von Herrn Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ebner-Steiner, Sie haben gesagt, Sie seien betroffen. Das bin ich auch. Das bin ich auch, wenn ich höre, was Sie hier in diesem Hohen Hause an Absurditäten vorgebracht haben. Ich lasse Ihnen ja Ihre Meinung "Unser Geld für unsere Leute", obwohl sie völlig schräg ist. Unser Geld – als ob das, was wir an Steuern vereinnahmen, nur unser Geld wäre und das Ausland überhaupt nichts bei uns einkauft. Aber ich lasse das.

Doch wenn ich dann höre, es habe vor 2015 keine Messerstechereien und keine Gruppenvergewaltigungen gegeben, frage ich Sie: Heißt das, dass Sie der Meinung sind, dadurch, dass im Jahr 2015 Menschen aus dem Ausland zu uns gekommen sind, habe eine völlig neue Verbrechenskultur hier Einzug gehalten? – Da läuft es mir wirklich den Rücken runter.

(Ferdinand Mang (AfD): Das ist realitätsfern!)

– Das ist realitätsfern. Das ist in der Tat richtig.

Frau Kollegin Ebner-Steiner, es ist dieses Hohen Hauses nicht würdig, was Sie hier abgeliefert haben. Eigentlich sollte, wenn in Ihrer Fraktion noch jemand mit einem ge-

wissen Anstand vorhanden ist, dieser hier vortreten und sich in einer persönlichen Erklärung von Ihrer Rede distanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, man muss die Chancen der Zuwanderung sehen, ohne Probleme zu verschweigen. Das ist überhaupt keine Frage, aber 2,4 Milliarden Euro pro Jahr? Als Gegenleistung haben wir eine tolle Integrationsleistung von vielen Ehrenamtlichen bekommen von den Kommunen, von Menschen, die das hauptberuflich machen. Sehr viele von diesen Menschen haben sich hier integriert und sind ein guter und fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Davor darf man die Augen nicht verschließen.

Ich sage: Diese Rede, Ihre Interpellation, Frau Kollegin, war eine Schande. Ich empfinde das so. – Wenn Sie vom Haushaltsausschuss reden, sollten Sie auch irgendwann einmal dort anwesend sein.

(Beifall – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir führen hier bitte keine Zwiegespräche. Sie dürfen sich zu einer Frage melden, Frau Ebner-Steiner. Möchten Sie das tun? – Das ist nicht der Fall.

Sie haben Ihre Rede beendet, Herr Pohl. Vielen Dank. – Ich rufe nun die Wortmeldung des Kollegen Florian Ritter von der SPD-Fraktion auf. Herr Kollege Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Garantie der Menschenwürde ist nicht etwas, das in einer Art Gnadenakt gewährt wird. Die Menschenwürde steht 250 Jahre nach Beginn der Aufklärung im Mittelpunkt dessen, was wir heute als unsere abendländischen Werte bezeichnen. Unsere Bayerische Verfassung, das Grundgesetz, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und eine große Menge von Einzelgesetzen dienen dazu, diesen Grundsatz der Sicherstellung

der Menschenwürde in der Praxis umzusetzen. Das, Kolleginnen und Kollegen, gilt auch für die Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen die Integration in den Mittelpunkt dieser Politik, denn ein menschenwürdiges Leben ist nur dann möglich, wenn Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist. Es ist unsere Aufgabe, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Man kann durchaus darüber streiten und Diskussionen darüber führen, wie denn diese Teilhabe am besten erzeugt werden kann, wo denn welche Mittel im Haushalt am besten eingesetzt werden können, wie Spracherwerb besser sichergestellt werden kann, welche Übergänge in das deutsche Schulsystem geschaffen werden müssen, wie Ausbildung effektiv organisiert und die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann und auch im Übrigen, welche Pflichten wir den Menschen auferlegen, die zu uns kommen.

Diese Diskussionen haben wir hier im Haus geführt. In teilweise ausgesprochen harten Diskussionen mit Herrn Straub habe ich nicht wenige Male im Verfassungsausschuss über dieses Thema diskutiert. Wir führen diese Debatten. Aber für die demokratischen Parteien in diesem Hause ist völlig klar, dass diese Grundrechte bestehen und dass wir verpflichtet sind, sie umzusetzen, und zwar völlig unabhängig davon, welchen Weg wir dabei gehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Interpellation der AfD geht es aber nicht darum. Es geht um etwas grundsätzlich anderes. Die AfD verneint im Titel und im Inhalt ihrer Interpellation die Gültigkeit des Grundsatzes der Menschenwürde für die Menschen, die nach Deutschland zuwandern oder in den letzten Jahrzehnten zugewandert sind. Das Recht auf Achtung der Menschenwürde, das Recht auf ein rechtstaatliches Asylverfahren, die Rechtsweggarantie, das Recht auf menschenwürdiges Leben für alle, die sich hier aufhalten, und das Recht auf Integrationsmöglichkeiten für Menschen mit einer Bleibeperspekti-

ve ist den Werten erwachsen, die wir mit Stolz als unsere abendländischen Werte bezeichnen

(Beifall bei der SPD)

und die in Verfassung und Gesetzen verankert sind. All das wischt die AfD beiseite. Sie reduziert die aus den Grundsätzen der Verfassung erwachsenen Rechte auf einen einzigen Punkt, auf den des steuerlichen Kostenfaktors. Die AfD macht den Wert von Menschen von einer Kosten-Nutzen-Rechnung abhängig. Dass die AfD niemandem diese Rechte zugestehen will, die sie als Kostenfaktor denunziert, springt einem bei jedem Satz dieser Interpellation ins Gesicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellt sich dabei abermals bewusst gegen die Grundlagen demokratischer Debatten, gegen die Verfassung und ihre Werte. Alleine die Rede der Abgeordneten Ebner-Steiner reicht völlig aus, um die Verfassungsferne der AfD unter Beweis und die gesamte AfD unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Die menschliche Existenz einer Wirtschaftlichkeitsrechnung zu unterwerfen, den Wert von Menschen und ihren Rechten von ihrem ökonomischen oder steuerlichen angeblichen Nutzen abzuleiten, das, Kolleginnen und Kollegen, ist tatsächlich nicht neu. Wir wissen, dass es dann nicht bei einer Gruppe von Menschen bleibt, denen die Rechte mit der Begründung entstehender Kosten abgesprochen werden. Wir wissen auch, Kolleginnen und Kollegen, wo das Ganze endet.

Die AfD knüpft ideologisch nahtlos an die Propaganda der Dreißigerjahre an, bei der Stimmung gegen Menschen mit Behinderung gemacht worden ist, mit der Begründung, sie seien nur Kostenfaktoren. Das ist die Ideologie, die hinter dieser Interpellation steht. Wir weisen den Versuch, dem Bayerischen Landtag diese menschenverachtende Debatte über den Umweg einer Interpellation aufzuzwingen, deutlich zurück.

Egal, worum es geht, Kolleginnen und Kollegen, rechtsextremes Gedankengut ist für Demokratinnen und Demokraten keine Diskussionsgrundlage.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der AfD, ein paar grundsätzliche Anmerkungen, auch wenn wir schon einiges gehört haben. Menschen, die sich in Not befinden, muss geholfen werden. Das gebietet die Menschlichkeit. Ich hoffe, das ist selbst bei Ihnen in der AfD Konsens.

Selbstverständlich geht es nur in einem gewissen Umfang. Kein Mensch, kein Land kann unbegrenzt helfen. Deshalb gibt es Regeln in Europa, in Deutschland, in Bayern. Über die können wir politisch beliebig lang streiten. Aber egal, welcher politischen Richtung wir angehören, wir müssen uns daranhalten. Bayern und Deutschland haben in den letzten Jahren insbesondere sehr massiv geholfen. Das war und ist richtig, und diese Hilfe kam nicht nur von staatlicher Seite, sondern kam ganz groß auch von den Ehrenamtlichen; denn der Staat hätte sie als solcher auch gar nicht allein stemmen können. Es geht aber nicht – und darüber besteht zumindest bei den demokratischen Parteien Konsens –, dass man versucht, sein politisches Süppchen auf dem Rücken dieser sich in Not befindenden Menschen zu kochen, und genau das tun Sie nämlich.

(Beifall bei der FDP)

Nun zur Interpellation. Die Interpellation trägt den Titel: Die fiskalischen Lasten der ungesteuerten Zuwanderung in Bayern. – Wenn man die Interpellation genau anschaut, stellt man fest, dass die Fragen nach den Kosten gar nicht so viele sind. Das allermeiste sind irgendwelche Zahlen, wer wie wann wo welche Rechte in Anspruch genommen hat usw. In der Schule würde man das schlicht und einfach Themaverfehlung

nennen. Ich will Ihnen aber Nachhilfe geben, was den Ausdruck fiskalisch betrifft: Selbstverständlich kostet die Zuwanderung Geld. Die kostet natürlich insbesondere am Anfang Geld. Denn alles, was ich am Anfang nicht investiere, werde ich hinterher mit noch mehr Aufwand bezahlen müssen. Genauso selbstverständlich ist auch, dass wir uns jeden Ausgabeposten anschauen und uns fragen, ob das Ziel damit erreicht wird. Wir definieren ein Ziel, wir prüfen, welche Maßnahmen wir ergreifen und was wir dafür ausgeben, und wir kontrollieren regelmäßig, ob wir das Ziel damit erreichen. Das Problem aber ist: Sie fangen mit einem ganz anderen Ziel an. Sie verfolgen nicht das Ziel, das sich hier alle anderen Parteien gesetzt haben. Sie führen eine Scheindiskussion über die Ausgaben und meinen damit etwas völlig anderes. Das ist wohl der Stil in Ihrer Fraktion. Die Streichung aller Ihrer Funktionszulagen passt genau in dieses Schema. Wer sich inhaltlich nicht einigen kann, der diskutiert eben über Gelder. Das ist aber Ihr Problem.

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus der Antwort auf diese Interpellation. Um sich von den politisch einseitigen Fragestellungen zu distanzieren, hat der Antwortgeber sehr schön formuliert: "Davon ausgehend macht sich die Staatsregierung in den die Fragestellungen teilweise zum Ausdruck kommenden Auffassungen und Terminologien explizit nicht zu eigen." Dem kann ich mich nur anschließen. Im Übrigen ist diese Interpellation meines Erachtens ein Missbrauch des parlamentarischen Fragerechts.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Mang das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Anlass der heutigen Aussprache ist unsere vor weit einem Jahr eingereichte große Anfrage zu den Kosten der unbegrenzten Zuwanderung. Es ist schon verwunderlich, dass die Beantwortung ein Jahr gedauert hat und die Regierung sie

uns endlich Mitte 2020 zugeleitet hat, aber dass uns auf 202 Seiten nicht einmal zu all unseren Fragen zu dem Jahr 2019 Auskunft erteilt werden konnte oder wollte. Das ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass die Bayerische Staatsregierung unter der Herrschaft Söder alles daransetzt, die Auswirkungen der katastrophalen Migrationspolitik zu verschleiern, die Aufklärungsarbeit der einzigen Oppositionspartei namens AfD zu unterdrücken und letztendlich den Wähler zu betrügen.

Nun, was konnten wir aus den vorhandenen Daten herauslesen? – Laut den uns mitgeteilten Zahlen kostet uns die unbegrenzte Zuwanderung seit 2016 allein für den bayerischen Zuwanderungs- und Integrationsfonds 12 Milliarden Euro, jährlich also circa 2,4 Milliarden Euro. Dabei muss dieser Fonds bei jedem Nachtragshaushalt um viele 100 Millionen Euro ergänzt werden. Obwohl die Zuwanderung anhält, steigen die Kosten nicht entsprechend an. Das liegt aber daran, dass immer mehr Zuwanderer integriert werden, und zwar in die Sozialversicherungssysteme; denn von den sogenannten Schutzsuchenden sind 64 % vollständig erwerbslos.

Das hat den schönen Effekt, dass die Zuwanderer dem Freistaat keine Kosten mehr verursachen, aber sehr wohl den Einzahlern in die Sozialversicherungssysteme, also jedem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Daten hierzu gibt es freilich nicht. Das könnte wohl unschöne Zahlen geben, und mit der ungeschminkten Wahrheit trauen sich die herrschenden Altparteien nicht vor das Volk zu treten. Auch sind in dem 12 Milliarden Euro schweren Zuwanderungs- und Integrationsfonds nicht sämtliche Kosten der Justiz, des Justizvollzugs und der Bildung enthalten; denn da fehlt es plötzlich unserem Söder'schen Überwachungsstaat an der Datengrundlage. Ein Schutzsuchender kostet nach den vorliegenden Zahlen im Schnitt pro Monat 1.400 Euro. Das Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung veranschlagt sogar 1.700 Euro.

Insgesamt befinden sich in Bayern über 50.000 Personen ohne Aufenthaltstitel und ohne Duldung. Das macht pro Jahr 840 Millionen Euro, nach dem genannten Institut sogar über 1 Milliarde Euro, weil die Abschiebep Praxis nicht funktioniert oder Abschiebungen nicht konsequent durchgeführt werden –, eine Kernforderung von uns. Mit

einem Mythos können wir anhand der vorliegenden Daten glasklar aufräumen: In den Medien wurden bei der Thematik der Einwanderung stets Bilder von Frauen und Kindern gezeigt. Die Zahlen zeigen eine andere Realität. Es kommen nämlich doppelt so viele Männer wie Frauen, wobei die eingewanderten Frauen im Schnitt stets älter als die Männer sind. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Probleme sind vorprogrammiert. Die Kölner Domplatte ist ein trauriges Beispiel dafür.

2015 wurden knapp 4.200 der ausreisepflichtigen Schutzsuchenden, also lediglich 26 % abgeschoben. 2016 waren es mit 3.310 Abschiebungen nur noch 20 %. 2017 waren es nur noch 14 % und 2018 nur noch 12 %. Im Verhältnis zu den Ausreisepflichtigen werden also Jahr für Jahr immer weniger Abschiebungen vollzogen. Meine Damen und Herren, diese Fakten belegen eine eindeutige Niederlage des Rechtsstaats vor der Asylindustrie und entlarven alle Meldungen einer erfolgreichen Abschiebep Praxis als dreiste Lügen.

(Beifall bei der AfD)

Zuletzt möchte ich auf die Ursachen der mittlerweile allgegenwärtigen Wohnungsnot eingehen. Ihre Ursachen liegen auch in der Migrationspolitik. Ein Beispiel ist der viel beschworene Wohnungspakt für Bayern. In den Genuss des für 112 Millionen Euro geschaffenen Wohnraums kommen zu 70 % Migranten. Das ist ein Fakt. Um eines klarzustellen: Für diese desaströsen Zahlen machen wir nicht die Menschen verantwortlich, die von der menschenfeindlichen Politik unserer sogenannten westlichen Wertegemeinschaft einschließlich Söder zu uns getrieben werden, sondern ganz allein die Regierung, die skrupellos ihr Volk belügt.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst zwei grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Interpellation machen. Erstens möchte ich mit einem Mythos, besser gesagt einer Lüge aufräumen. In der Begründung der Interpellation heißt es, ich zitiere: "Auch die Frage nach dem tatsächlichen Umfang der finanziellen Belastung des Freistaates blieb bisher unbeantwortet." Das erinnert an Verschwörungstheorien; denn Fakt ist: Die in unserer Antwort auf die Interpellation mitgeteilten Zahlen sind hinlänglich bekannt. Wir haben die Kosten nie schöngeredet oder kleingerechnet. Im Freistaat Bayern wurde nie ein Cent ausgegeben, der nicht vorher vom Haushaltsausschuss dieses Hohen Hauses gebilligt worden wäre. Hier gibt es keine Schattenhaushalte und keine Geheimausgaben. Hier ist immer alles demokratisch und transparent abgelaufen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der zweite Punkt. Die Interpellation verengt Migration auf Kosten. Die Fragesteller reden sogar von "Lasten". Sie unterstellen damit, der Zuzug von Menschen sei in erster Linie drückend, beschwerlich, belastend und teuer. Ja, Migration hat viele Facetten. Kosten sind eine davon. Zu einer fairen Debatte über Migration gehören aber nicht nur die Kosten, sondern auch die Chancen und die Möglichkeiten, die sich daraus für unser Land ergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Humanität und Ordnung, das ist die Leitlinie der Staatsregierung in ihrer Flüchtlingspolitik, und das ist auch die gemeinsame Linie von CSU und FREIEN WÄHLERN, die im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Das bedeutet erstens, dass wir eine ideologiefreie Debatte über dieses Thema führen. Zweitens steht das Asylrecht für uns selbstverständlich nicht zur Debatte. Wer Schutz und Hilfe braucht, erhält sie in unserem Land. Drittens brauchen wir, damit unser Asylrecht nicht

missbraucht wird, eine konsequente Rückführung von Menschen, die kein Aufenthaltsrecht in unserem Land haben.

Wir sind nach wie vor fest entschlossen, die Wiederholung einer Situation wie im Jahre 2015 zu verhindern. Unsere Maßnahmen wirken. Die Asylanträge in Deutschland werden auch im Jahr 2020, dem vierten in Folge, rückläufig sein. Humanität und Ordnung bedeuten, dass wir wirklich Hilfsbedürftige erfolgreich integrieren. Das gilt natürlich auch für die, die als EU-Bürger oder mit einem Arbeitsvisum in unser Land kommen. Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Bei uns sind mehr Menschen mit Migrationshintergrund erwerbstätig als in jedem anderen Bundesland. Bei uns sind auch weniger Ausländer arbeitslos als in jedem anderen Bundesland. Woanders wird theoretisch immer klug dahergeredet, bei uns gelingt die Integration. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage ganz bewusst: Zehntausende von Arbeitsplätzen in Bayern, in kleinen wie in großen Unternehmen, hätten in den letzten Jahren gar nicht besetzt werden können, wenn nicht neue Arbeitnehmer in unser Land gekommen wären, die einen als Flüchtlinge, die anderen als EU-Bürger oder mit einem Arbeitsvisum. Insofern haben gerade diese neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu dem Wohlstandswachstum der letzten Jahre in unserem Land merklich beigetragen. Auch das gehört zu einer nüchternen Bilanz der letzten Jahre, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, die Flüchtlingskrise war eine Herausforderung für die gesamte öffentliche Hand in der Bundesrepublik Deutschland, für den Bund und alle Länder, für unsere Bezirke, für die Landkreise, für die Städte und Gemeinden und auch für die verschiedenen Sozialversicherungsträger.

Migrationspolitik ist in erster Linie aber auch eine europäische Herausforderung. Die Europäische Kommission hat mit dem neuen Pakt für Migration und Asyl frischen Schwung in die Verhandlungen gebracht. Jetzt gilt es, diese Vorschläge mit aller Kraft und lösungsorientiert gemeinsam weiterzuentwickeln. Deutschland kommt hier aktuell während der EU-Ratspräsidentschaft eine besondere Rolle zu. Ich versichere Ihnen: Die Bayerische Staatsregierung wird diesen Prozess engagiert begleiten. Ich freue mich auf die weiteren Debatten dazu in diesem Hohen Haus.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Migration und Integration sind und bleiben auch in diesen Corona-Zeiten wichtige Themen. Aber für uns gilt eben auch: Wir schauen nicht ständig nur zurück, sondern wir blicken nach vorne. Wir wollen eine starke Zukunft bauen. Wir sind mit unserer bayerischen Migrations- und Asylpolitik auf dem richtigen Weg. Wir sorgen für die richtige Balance von Humanität und Ordnung.

Ich danke allen, die beruflich oder im Ehrenamt mithelfen und mitarbeiten, nicht nur lamentieren oder gar hetzen, sondern anpacken und mithelfen. Dafür ein herzliches Dankeschön, alles Gute auch weiter auf diesem Weg in Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Maier. Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Herr Abgeordneter, Ihre Zwischenbemerkung bitte. Bitte drücken Sie noch mal auf das Knöpfchen. Jetzt sind Sie freigeschaltet und haben das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Staatsminister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben leider nicht zu der weiteren Erkenntnis geführt, die wir erwartet hätten. Es ging zunächst einmal um die fiskalischen Lasten. Sie haben jetzt die Zuwanderung und die ganze Entwicklung schöngeredet. Die fiskalischen Lasten wurden in der Interpellation eindeutig herausgearbeitet. Sie haben auf die Vorteile hingewiesen. Es ist vollkommen richtig, was hier im Plenum gesagt wurde: Es geht uns nicht nur um die finanziellen Lasten, sondern es geht auch um die gesellschaftlichen Veränderungen.

Meine Frage konkret an Sie: Wollen Sie, dass unser Bayernland, wollen Sie, dass Deutschland das bleibt, was wir alle vorgefunden haben, ein Land, das von deutscher Kultur und bayerischer Kultur geprägt ist, oder müssen sich Bayern und Deutschland darauf einstellen, ein Multikulti-Staat zu werden, wo unsere Kultur mehr und mehr verschwindet und wir die Mehrheit in diesem Land verlieren, wo früher oder später die demografischen Prozesse dazu führen werden, dass wir eine Minderheit im eigenen Land werden und uns möglicherweise von anderen Leuten und Kulturen mitsamt ihrer schädlichen Rechtsordnung regieren lassen müssen?

(Zurufe – Unruhe)

Herr Staatsminister, ist das wirklich das, was wir wollen? Wollen wir diesen multikulturellen Einheitsstaat oder wollen wir, dass Bayern bayrisch bleibt und Deutschland deutsch bleibt?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube fürwahr, dass weder die Bayerische Staatsregierung insgesamt noch ich ganz persönlich als Innen- und Integrationsminister von irgendjemandem hier Nachhilfeunterricht darin brauche, wie wir die Identität unserer bayerischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes bewahren. Dazu stehen wir ohne Zweifel. Aber da brauchen wir von niemandem irgendeinen Nachhilfeunterricht. Der Freistaat Bayern hat seine gewachsene Identität. Über tausend Jahre hat sie sich hervorragend entwickelt. Aber sie entwickelt sich auch weiter. Natürlich stehen wir vor der Herausforderung, dass wir auch im 21. Jahrhundert nicht bei irgendwelchen Dingen der Vergangenheit stehenbleiben wollen. Aber das, was die Grundwerte unserer Gemeinschaft in Bayern ausmacht, wollen wir bewahren. Darin sind wir uns hier völlig einig. Aber da brauchen wir uns bestimmt keine Nachhilfe geben lassen mit solchen ausländerfeindlichen Sprüchen, wie sie gerne von Ihrer Seite kommen. Denn

das, was Sie hier verkünden, würde in eine Sackgasse führen. Das würde ins Abseits führen; das würde in die Irre führen. Das ist nicht der Zukunftsweg für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Viele Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.